

## „Beschluss unbefriedigend“

Kritik an den Plänen zum neuen Unterrather Hallenbad

**UNTERRATH.** Ratsherr Dirk-Peter Sültenfuß, zuständig für Unterrath, bemängelt den Bedarfsbeschluss des Stadtrats zu Verlagerung und Neubau des Unterrather Hallenbads. Darin fehle die Festschreibung von familiengerechten Angeboten, wie Großrutsche und Whirlpool. Auch eine nahtlose Fortführung des Schwimmbetriebs bis zur Eröffnung des neuen Bads in Derendorf sei nicht gewährleistet.

Die CDU-Fraktion hatte vergeblich versucht, ihre Kritikpunkte in der Beschlussvorlage der Verwaltung unterzubringen. In der jüngsten Ratssitzung unterlag die Union mit ihrem Änderungsantrag gegen die Stimmen von SPD, Grünen und FDP. Die Empfehlungen der Bezirksvertretung 6, die im Kern mit den Forderungen der CDU deckungsgleich waren, wurden damit auch nicht berücksichtigt. „Was hier von der Ampelmehr-

heit beschlossen wurde, ist sicher nicht im Sinn der Unterratherinnen und Unterrather“, sagt Sültenfuß. „Konkret vermisse ich den Mehrwert für Familien in den Planungsaufträgen zum neuen Standort.“ Darin seien Whirlpool, Großrutsche, Warmluft- und Gymnastikraum nur als Optionen verzeichnet. „Diese Ausstattung muss aber fester Bestandteil von Planung und Kostenberechnung sein. Das hätte ich erwartet, zumal einzelne Punkte davon auch schon in früheren Plänen standen.“

Zudem zeigt sich Sültenfuß unzufrieden mit dem Übergang von alter zu neuer Schwimmstätte: „Für mich ist entscheidend, dass das alte Hallenbad möglichst so lange geöffnet bleibt, bis der Neubau an der Ulmenstraße bezugsfertig ist.“ Doch dies sei im Beschlusstext nicht geregelt. „Mit unserem Änderungsantrag wollten wir als CDU

Sicherheit schaffen. Rot-Grün-Gelb hat das verhindert – zum Nachteil von Schulen, Vereinen und Bürgerschaft. Ein nahtlos fortgesetzter Schwimmbetrieb steht jetzt für den Düsseldorfer Nord-Osten in Frage.“

Was die Zukunft des Altstandort Mettlacher Straße angeht, verweist Sültenfuß auch auf Wünsche der Bezirksvertretung 6: „Bis zum Abschluss des zweiten Workshop-Verfahrens sollte das Grundstück unangetastet bleiben. Das Verfahren soll eigentlich die Weichen für eine künftige Nutzung durch die Stadt stellen.“ So sei es den Bürgern versprochen worden. „Spekulationen über einen Verkauf wollten wir einen Riegel vorschieben. Daher sah der CDU-Antrag ein einstweiliges Veräußerungsverbot vor. Daraus wird nun nichts. Die durch den Ratsbeschluss entstandene Situation ist für den Stadtteil Unterrath mehr als unbefriedigend.“